Frau Jung bemängelte die unzureichende Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion zum Thema Gesamtschule (Drucksachen-Nr. 10/0311).

Für die CDU-Fraktion reflektierte Herr Schell die Kontinuität der Entscheidungen seiner Fraktion zur Gesamtschulthematik. Trotz des Scheiterns des Anmeldeverfahrens habe sich ein hoher Teilbedarf gezeigt, dem Rechnung zu tragen sei. Daraufhin sei die Errichtung einer gemeinsamen Gesamtschule im Zusammenschluss mit umliegenden Kommunen in Angriff genommen worden. Da hier kein Ergebnis erzielt werden konnte, stand die Errichtung einer Kreisgesamtschule im Fokus der Betrachtung. Die CDU-Fraktion habe sich dafür ausgesprochen, dass Verfahren für die Errichtung einer städtischen Gesamtschule erneut zu betreiben, sofern nicht sichergestellt werden könne, dass eine Kreisgesamtschule ihren Betrieb zum Schuljahresbeginn 2011 aufnehme. Letztlich konnte eine Wahl zwischen den beiden Alternativen – Errichtung einer eigenen Gesamtschule / Errichtung einer Kreisgesamtschule – erfolgen. Nach wohlüberlegtem, sorgfältigem und schlüssigen Vorgehen, spreche sich die CDU-Fraktion für die Errichtung einer eigenen, pflichtigen Gesamtschule am Standort Menden aus.

Herr Kammel wies für die FDP-Fraktion darauf hin, dass die Einrichtung einer städtischen Gesamtschule vor dem Hintergrund des Anmeldeverfahrens zu Beginn des Jahres gescheitert sei. Lediglich ein Teilbedürfnis sei festgestellt worden. Auch ein ausgewogenes Leistungsverhältnis sei im dem gescheiterten Anmeldeverfahren nicht zu erkennen, da bei lediglich drei Anmeldungen eine Gymnasialempfehlung vorlag. Er hob den Willen der Eltern hervor, die die Haupt- und Realschule in Menden erhalten wollen. Er bemängelte den Umgang mit den betroffenen Eltern, Schülern und Lehrern der Haupt- und Realschule in Menden. Er bezweifelte, dass für die Fortführung der Haupt- und Realschule im Falle der Errichtung einer Gesamtschule keine Bedürfnis mehr bestehe und dass es einen deutlichen Elternwillen für die Errichtung einer Gesamtschule gebe. Um die Auflösung bestehender Schulen zu vermeiden, habe sich die Kreisverwaltung für die Errichtung eines Neubaus für die Gesamtschule ausgesprochen. Auch sei das Gebäude des Schulzentrums Menden nach Auffassung des Kreistages für eine Gesamtschule in Ganztagsform nicht ausgerichtet. Er gehe davon aus, dass seitens der betroffenen Eltern der Klageweg beschritten und ein erneutes Bürgerbegehren eingebracht werde. Dass der Umbau des Schulzentrums Menden kostengünstiger als ein Neubau sei, könne nicht belegt werden. Die FDP-Fraktion sei überzeugt, anfänglich höhere Investitionen für einen Neubau seien wirtschaftlicher als bei Nutzung vorhandenen Schulraums später hohe Instandhaltungs- und Unterhaltungskosten aufbringen zu müssen. Mit der Errichtung einer neuen Kreisgesamtschule könne das Schulangebot in Sankt Augustin erweitert werden, ohne bestehende Schulen auflösen zu müssen. Die FDP-Fraktion spreche sich weiterhin für den Erhalt der Haupt- und Realschule in Menden aus und lehne daher die Verwaltungsvorlage ab.

Für die SPD-Fraktion begrüßte Herr Schmitz-Porten die anstehenden Entscheidungen. Die Gesamtschule sei ein Erfolgsmodell. Das Ergebnis der Elternbefragung stelle einen klaren Auftrag für die Errichtung einer Gesamtschule dar. Die Chance, ein erneutes Anmeldeverfahren erfolgreich durchzuführen, sei erheblich besser, auch vor dem Hintergrund des möglichen Ganztagbetriebes. Auch die Schulentwicklungsplanung zeige einen klaren Weg auf. Der Schulstandort Niederpleis sei mit einer Haupt- und Realschule sowie einem Gymnasium gesichert; das Rhein-Sieg-Gymnasium sei zukunftsfest. Der Schulstandort Menden werde durch die heutige Entscheidung langfristig gesichert. Neben einem Hauptschul- und Realschulabschluss könne künftig in Menden auch das Abitur erreicht werden; somit werde das Bildungsangebot erhöht.

Herr Schmitz-Porten warb bei den betroffenen Eltern, Schülern und Lehrern der Haupt- und Realschule in Menden um Verständnis. Der Rat und die Verwaltung werden alles daran setzen, den auslaufenden Schulbetrieb möglichst optimal zu gestalten. Ein Neubau einer Gesamtschule könne nicht finanziert werden.
Er dankte der CDU-Fraktion ausdrücklich für die Unterstützung einer städtischen Gesamtschule und den erzielten Konsens. Auch dem Bürgermeister, Herrn Lübken und den mit dieser Thematik beschäftigten Mitarbeitern der Stadt und der Gesamtschulinitiative sprach er im Namen der SPD-Fraktion Dank für die bisher geleistete Arbeit aus.

Herr Köhler appellierte an die FDP-Fraktion, die anstehenden Entscheidungen zu akzeptieren und die Schulform „Gesamtschule“ anzuerkennen. Die vorgetragenen Bedenken gegen eine Gesamtschule könne er nicht teilen.
Nach Abschluss des Anmeldeverfahrens müsse die CDU-Fraktion Farbe bekennen, wenn die Mindestanmeldezahl für eine pflichtige Gesamtschule nicht erreicht werde.
Er bat die betroffenen Eltern, die sich für einen Erhalt der Haupt- und Realschule in Menden aussprechen, die Errichtung einer Gesamtschule nicht weiter anzugreifen. Auch im Klagewege könne eine städtische Gesamtschule nicht verhindert sondern nur verzögert werden.
Die Fraktion AUFBRUCH! werde die Verwaltungsvorlage unterstützen.

Herr Schell stellte klar, dass auf Grund der derzeitigen Haushaltslage die CDU-Fraktion die Einrichtung einer freiwilligen Gesamtschule nicht unterstützen werde.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprach sich ebenfalls für die Verwaltungsvorlage aus. Herr Metz betonte, dass sich die anstehenden Beschlüsse nicht gegen die bestehenden Schulformen richten. Interesse der Politik sei, die Haupt- und Realschule in Menden in den künftigen Prozess einzubinden und das Auslaufen der beiden Schulen gut zu organisieren.
Er bedauerte, dass die FDP-Fraktion an ihrer ideologischen Einstellung gegen eine Gesamtschule festhalte. Die Äußerungen der FDP-Fraktion stünden im Widerspruch zu einer seriösen Finanz- und Bildungspolitik.

Frau Bergmann-Gries dankte den Mitgliedern des Ausschusses für Schule, Bildung und Weiterbildung sowie den Mitarbeitern der Verwaltung und Herrn Krämer-Mandeau für die bisher geleistete Arbeit. Sie erwarte, dass das Lehrpersonal der Haupt- und Realschule Menden den Prozess des Auslaufens der beiden Schulen gut und unterstützend begleiten. Das Instrument der direkten Demokratie in Form eines Bürgerbegehrens dürfe nicht pervertiert werden. Die Entscheidung der Bürgerschaft in dem zurückliegenden Bürgerbegehren sowie der heute anstehende Ratsbeschluss müssten akzeptiert werden.

Herr Kammel gab zu Bedenken, dass den Eltern der von der Auflösung betroffenen Schulen zunächst nach dem fehlgeschlagenen Anmeldeverfahren die Hoffnung gegeben wurde, die Schulen weiterzuführen. Diese Hoffnung werde nun wieder genommen. Daher sei es nachvollziehbar, wenn diese Bürger unter Inanspruchnahme der ihnen zustehenden Rechte für den Erhalt der Schulen kämpfen.

Die FDP-Fraktion verschließe nach Auffassung von Herrn Piéla vor dem Hintergrund der rückläufigen Anmeldezahlen für die Hauptschulen entsprechend der Ausführungen im Schulentwicklungsplan mit ihrer Forderung, diese in Menden zu erhalten, die Augen.

Herr Krämer-Mandeau (Projektgruppe Bildung und Region) stand den Ratsmitgliedern zu Fragen zum Schulentwicklungsplan zur Verfügung. Auf Nachfrage von Herrn Piéla teilte er mit, dass die Schülerzahlen der Gutenbergschule sinken, weil die integrativen Prozesse forciert werden und in die heutige und die künftige Schullandschaft eingebracht werden müssen. Eine neue Gesamtschule könnte bzw. sollte von vorn herein integrativ geplant werden.

Anschließend fasste der Rat folgende Beschlüsse (über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages wurde separat abgestimmt).